



Dunkle Wolken hängen in Berlin über dem Reichstagsgebäude, dem Sitz des Deutschen Bundestags.

Foto: Michael Kappeler/dpa

Merkel als Sisyphos

Kommt jetzt Italien statt Jamaika? Bei einer Neuwahl fürchten manche eine zersplitterte Parteienlandschaft. Die Handlungsfähigkeit der Regierung wäre stark eingeschränkt. Merkel schafft schon mal Fakten.

Berlin (dpa). Lange Zeit galt Angela Merkel als wichtigste Frau Europas, wenn nicht der Welt. Jetzt steckt die Kanzlerin in ihrer schwersten Krise. Deutschland, bislang der europäische Stabilitätsanker, droht eine monatelange politische Hängepartie. Mit ungewissem Ausgang.

Acht Wochen nach der Bundestagswahl ist die CDU-Chefin immer noch eine Kanzlerin ohne rasche Aussicht auf eine stabile Koalition. Nach dem Ausstieg von FDP-Chef Christian Lindner aus den Jamaika-Sondierungen setzt Merkel darauf, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Sondierungen doch nochmal in Gang bringen kann. Doch ob das klappt?

Merkel steht vor ihrer wohl größten Herausforderung. Kurz nachdem Lindner in der Nacht zum Montag das Ende der Jamaika-Verhandlungen mit fehlendem Vertrauen begründet hatte, sprach sie noch von einem „Tag mindestens des tiefen Nachdenkens, wie es weitergeht in Deutschland“. Sie werde „alles tun, dass dieses Land auch durch diese schwierigen Wochen gut geführt wird“.

Nicht einmal 24 Stunden danach hat sich Merkel ohne langes Zaudern zu einer weitreichenden Ankündigung entschlossen. Im ARD-„Brennpunkt“ sagt die nur noch geschäftsführende Kanzlerin am Montagabend, falls es zu Neuwahlen kommen sollte, sei sie „eine Frau, die Verantwortung hat und auch bereit ist, weiter Verantwortung zu übernehmen“. Im Klartext: Sie werde wenn nötig auch einen weiteren Anlauf zu

einer vierten Kanzlerschaft nehmen. Die Kanzlerin als Fels in der Brandung, soll das signalisieren. Auch in einem Europa im Umbruch und in einer Welt der Krisen.

Dabei hatte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) noch in einer Telefonkonferenz des CDU-Vorstands am Vormittag versucht, eine Diskussion über Neuwahlen zu vermeiden. Soweit sei man noch nicht. Manche in der CDU-Spitze um Merkel waren da schon weiter: Sollten die Bürger im Frühjahr erneut zur Wahl gebeten werden, habe man mit der Vorsitzenden die besten Chancen, war dort zu hören. Dies sei auch die allgemeine Einschätzung in der CDU.

Gut möglich, dass das tatsächlich stimmt: In der Nacht der Entscheidung hatte die Verhandlerrunde der Spitzenleute von CDU und CSU, die Merkel bei ihrem Statement um sich versammelt hatte, ihrer Arbeit soviel Beifall gezollt, dass es der Kanzlerin offensichtlich schon unangenehm war: „So, reicht“, sagt sie schnell.

Am Montag ist erstmalig die Stunde des Bundespräsidenten. Um 12 Uhr kommt Merkel in dessen Amtssitz Schloss Bellevue, 60 Minuten lang bespricht sie mit Steinmeier die Lage. „Wir stehen jetzt vor einer Situation, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, also seit immerhin fast 70 Jahren, noch nicht gegeben hat“, sagt der Bundespräsident später ernst. „Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält.“



Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, Angela Merkel, äußert sich zum Scheitern der Jamaika-Sondierungen. Foto: von Jutrczenka/dpa

Das Wort Neuwahl nimmt er nicht in den Mund.

In den nächsten Tagen will Steinmeier mit den Chefs aller an den Jamaika-Sondierungen beteiligten Parteien sprechen – auch mit Lindner. Mit den Vorsitzenden von Parteien, „bei denen programmatische Schnittmengen eine Regierungsbildung nicht ausschließen“ werde er eben-

falls reden – das ist auf den SPD-Vorsitzenden Martin Schulz gemünzt. Der hat da schon mit Steinmeier gesprochen und mit ihm ein Treffen am Mittwoch verabredet. „Frau Merkel hat mich bis heute noch nicht kontaktiert“, sagt Schulz nach der SPD-Vorstandssitzung fast vorwurfsvoll.

Insgeheim mag Merkel in der vertrackten Lage hoffen, dass der frühe-

re SPD-Außenminister Steinmeier seinen Parteifreund Schulz doch noch bewegen kann, in Verhandlungen über eine Fortsetzung der ungeliebten großen Koalition einzusteigen. Nachdem dieser das seit Wochen ausschließt und eine Erholung seiner Partei in der Opposition anstrebt, sind die Chancen dafür aber gering. Spätestens seit Montag dürften sie bei Null liegen: Der SPD-Vorstand schließt eine weitere große Koalition einstimmig aus und plädiert für eine rasche Neuwahl. Auch deswegen wohl Merksels Ankündigung einer erneuten Kandidatur.

Dabei wollen Merkel, die CSU und wohl die Grünen Neuwahlen vermeiden. Vereint sind Union und Grüne in der Furcht, vor allem die Rechtspopulisten von der AfD könnten davon profitieren. Schon gibt es außerdem die Sorge, Deutschland könnte bei einer Neuwahl italienische Verhältnisse drohen, also eine Zersplitterung der Parteienlandschaft.

Umfragen sagen für den Neuwahl-Fall bisher vorher, dass die Kräfteverhältnisse im Bundestag nicht wirklich anders sein dürften als zur Zeit. Dann könnte die Union als möglicherweise weiterhin stärkste Kraft erneut dazu verdammt sein, es mit Lindner & Co. zusammen mit Jamaika zu versuchen. Nicht unmöglich, dass es Merkel so gehen könnte wie Sisyphos, der unglücklichen Figur aus der griechischen Mythologie: Immer neue Anläufe zur Regierungsbildung enden wie die Jamaika-Gespräche – in einer Anstrengung ohne Ergebnis.

SPD nach dem Jamaika-Beben in der Klemme

Die SPD will zwar mit allen reden, Merkel aber nicht mit einer GroKo aus der Patsche helfen.

Berlin (dpa). Nach der denkwürdigen Jamaika-isch-over-Nacht dauert es nur ein paar Stunden, bis Martin Schulz das Staatsoberhaupt an der Strippe hat. Frank-Walter Steinmeier muss auch nicht lange nach der Nummer fragen. Schließlich kennen und duzen sich die Genossen seit Jahrzehnten. Doch nun nehmen sie zwei unterschiedliche Rollen ein.

Bundespräsident Steinmeier muss schauen, wie Deutschland nach dem Abgang der FDP aus den Sondierungen handlungsfähig bleibt. Schulz hat plötzlich wieder eine Groko-Debatte am Hals, die die Partei nach der Wahl vor acht Wochen zunächst hinter sich wählte. Steinmeier und Schulz verabreden sich in dem kurzen Telefonat, am Mittwoch Auge in Auge über



SPD-Chef Martin Schulz. Foto: Kumm/dpa

Minderheitsregierung, Neuwahlen, staatspolitische Verantwortung und so weiter zu reden.

Der SPD allerdings unterläuft dann ein diplomatisches Foulspiel. Noch bevor der Bundespräsident nach seinem Gespräch mit der Kanzlerin die

Chance erhält, alle Parteien bei der Ehre zu packen, miteinander zu reden und mögliche Einigungen auszuloten, preschen die Genossen mit ihrem Beschluss vor, keine große Koalition einzugehen und auf Neuwahlen zu setzen.

Aber der Reihe nach. Montag, 14 Uhr, im Willy-Brandt-Haus. Mit strammen Schritten marschiert Schulz auf das Pult vor der roten Wand zu. Der 61-Jährige ist konzentriert. Die Sätze sitzen. Keine Spur dieser Gereizt- und Unsicherheit, die Schulz während des Wahlkampfes und danach an den Tag legte. Es wird in den nächsten zwei Wochen auch für den Mann aus Würselen um viel, vielleicht um alles gehen. Da befindet er sich mit Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer in bester Gesellschaft.

In der Parteispitze wird nach

dem FDP-Hammer durchaus lebhaft diskutiert, wie die SPD auf das Ende der Jamaika-Sondierungen reagieren soll. Johannes Kahrs vom konserva-

Nahles nennt es lächerlich, SPD an ihre Verantwortung zu erinnern

tiven Flügel warnt vor zu schnellen Festlegungen und meint, die SPD solle erst einmal im Spiel bleiben. Kein Geheimnis ist, dass Sigmar Gabriel liebend gerne weiter mit der Union regieren und Außenminister bleiben würde. Doch der Ex-Parteichef, mittlerweile einer der härtesten Kritiker seines früheren „Freundes“ Schulz, wird am

Montag nicht gefragt. Der Goslarer ist weit weg, bei den muslimischen Rohingya-Flüchtlingen in Südostasien.

So ist die Linie in den Gremien überraschend schnell klar. Die SPD müsse zum jetzigen Zeitpunkt zum Gang in die Opposition stehen. Alles andere würde die Glaubwürdigkeit der auf 20,5 Prozent abgestürzten Genossen wohl vollends ruinieren. Bei allen Regionalkonferenzen im Land, auf denen der Absturz aufgearbeitet wird, bekommen Schulz und die Mitglieder der Parteispitze von SPD-Mitgliedern viel Beifall für ihr Nein zur GroKo. Einstimmig winken Präsidium und Vorstand also einen von Schulz

vorgelegten Beschluss durch keine erneute GroKo.

Von einer Brüskierung des Bundespräsidenten will Fraktionschefin Andrea Nahles nichts wissen. Aber es sei doch lächerlich, jetzt die SPD an ihre Verantwortung zu erinnern, nachdem Merkel und die FDP Jamaika vor die Wand gefahren hätten. Die SPD werde reden, aber Merkel müsse ihre Probleme selbst lösen: „Jetzt, wo die selbstverschuldete Not groß ist, da sind wir gut als staatsmännische Reserve: das ist nicht unsere Haltung.“ Schulz und Nahles betonen, die SPD-Minister blieben in der geschäftsführenden Regierung lassen. Das sei staatspolitische Verantwortung.

Ändert die SPD ihre Haltung, falls die Union Merkel abserviert? Schulz weicht dieser Frage aus.